

Bayerisches Staatsministerium  
der Finanzen und für Heimat



STAATSMINISTER

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat  
Postfach 22 15 55 · 80505 München

**Ausschließlich per E-Mail**

Frau Bürgermeisterin  
Dorina Jechnerer  
Herrnhof 10  
91567 Herrieden

Telefon  
089 2306-2249

Telefax  
089 2306-2835

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
13. Juli 2021

Bitte bei Antwort angeben  
Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom  
68-L 2601-39/58

Datum

**13. Okt. 2021**

**Hochwasserereignis im Gebiet der Stadt Herrieden am 9. Juli 2021;  
Anfrage Gewährung von vergleichbaren Finanzhilfen wie 2013**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 13. Juli 2021 an Herrn Staatsminister Joachim Herrmann, das dem Staatsministerium der Finanzen und für Heimat zuständigkeitshalber weitergeleitet wurde. Sie weisen in Ihrem Schreiben auf die Situation nach dem Hochwasserereignis am 9. Juli 2021 hin, das in der Stadt Herrieden zu erheblichen Schäden geführt hat.

Die Bayerische Staatsregierung hat in der Ministerratssitzung am 20. Juli 2021 ein zielgerichtetes Soforthilfeprogramm beschlossen, das es ermöglicht, Hochwassergeschädigten in Bayern auf unbürokratische Weise angemessene Hilfe zukommen zu lassen. In besonderer Ausnahme zu ihrem Beschluss vom 28. März 2017, ab dem 1. Juli 2019 grundsätzlich keine Soforthilfen nach Überschwemmungen mehr zu gewähren, unterstützt die Staatsregierung damit Geschädigte in Gebieten, in denen die Naturkatastrophe im Juli 2021 zu einer besonderen Schadensintensität führte.

Hintergrund dieser Ausnahme ist, dass der Bund seine Unterstützung für ein Soforthilfeprogramm der Länder für Geschädigte in besonders betroffenen

Gebieten – analog dem Jahr 2013 – angeboten hatte. Diese Hilfen sind beschränkt auf den Zeitraum Juli 2021. Um eine Kofinanzierung durch den Bund durchweg zu gewährleisten, hat der Freistaat Bayern sein Hilfsprogramm im Gleichklang mit den Bundesvorgaben ausgestaltet.

Die Abgrenzung der Gebietskulisse der besonders betroffenen Regionen erfolgt dabei in erster Linie anhand von hydrologischen Daten, aber auch von Schadensberichten. Neben der Schwere und örtlichen Verteilung der konkret eingetretenen Schäden kommt der Bewertung des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz eine zentrale Bedeutung zu, die sich insbesondere auf Niederschlags- und Abflussdaten der Gewässer stützt.

Nach diesen Kriterien handelt es sich beim Landkreis Ansbach für das Ereignis am 9. Juli 2021 um ein von einer Naturkatastrophe besonders betroffenes Gebiet. Entsprechend war der Landkreis Ansbach in die Gebietskulisse der mit FMS vom 20. Juli 2021 eingeleiteten Finanzhilfeaktion einbezogen, so dass das am selben Tag beschlossene Soforthilfeprogramm auch dort Anwendung findet.

Damit werden den Betroffenen Soforthilfen etwa für die Wiederbeschaffung von zerstörtem Hausrat i. H. v. bis zu 5.000 € sowie für die Beseitigung von Ölschäden i. H. v. bis zu 10.000 € gewährt. Bei Versicherbarkeit der Schäden gilt für Nichtversicherte jeweils ein Abschlag von 50 %. Versicherungsleistungen werden auf die staatlichen Hilfen angerechnet. Zudem gibt es für Gewerbetreibende, Freie Berufe sowie Land- und Forstwirte eigene, weitergehende Hilfsprogramme, die von den zuständigen Staatsministerien erstellt wurden.

Wie bisher lässt die Staatsregierung darüber hinaus auch niemanden, der in Bayern durch Überschwemmungen in eine existenzielle Notlage gekommen ist, im Stich. Betroffene in der Stadt Herrieden können daher unabhängig von den Soforthilfen selbstverständlich auch die für solche Fälle vorgesehenen regulären Finanzhilfen geltend machen. In Betracht kommen hier insbe-

sondere Notstandsbeihilfen nach der Härtefondsrichtlinie, aber auch steuerliche Hilfsmaßnahmen nach dem sog. Unwettererlass, z. B. Stundungen oder Sonderabschreibungen. Für die Beseitigung von Schäden an kommunalen Einrichtungen bestehen zudem Fördermöglichkeiten nach dem Bayerischen Finanzausgleichsgesetz.

Mit diesen Maßnahmen zur finanziellen Unterstützung der Betroffenen gewährleistet der Freistaat Bayern eine wirksame und passgenaue Hilfestellung bei der Bewältigung der Katastrophe. Des Weiteren sind die Verhandlungen der Staatsregierung mit dem Bund zu möglichen Aufbauhilfen inzwischen abgeschlossen. Der Aufbauhilfefonds wird durch den Bund mit Mitteln in Höhe von bis zu 30 Milliarden € ausgestattet. Die Länder beteiligen sich hieran mit insgesamt bis zu 14 Milliarden €. Für den Geltungszeitraum Juli 2021 und entsprechend der Gebietskulisse für die Bayerischen Soforthilfen sollen damit auch im Landkreis Ansbach Schäden bei den betroffenen Privathaushalten, gewerblichen und landwirtschaftlichen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen sowie an der Infrastruktur von Bund, Ländern und Gemeinden mit Mitteln des Fonds beseitigt beziehungsweise zerstörte Infrastruktur wiederaufgebaut werden. Die Richtlinien zu den einzelnen Aufbauhilfeprogrammen wurden von den zuständigen Ressorts bereits erarbeitet bzw. befinden sich aktuell noch in der Abstimmung.

Bezüglich der von Ihnen ebenfalls angesprochenen Thematik des Durchflusses des Altmühl-Überleiters in Gunzenhausen wurde Ihr Schreiben an das zuständige Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz weitergeleitet.

Mit freundlichen Grüßen



Albert Füracker, MdL